Nr. 95

DAS ROTE TUCH

17. März 2017
Preis: 0,50 €

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Schulz und Merkel: beide im Dienst der kapitalistischen Klasse

„Die Agenda 2010 ist ein Erfolgsmodell, das man fortsetzen muss“: Mit dieser Aussage hat Angela Merkel zusammengefasst, was die Arbeiter von ihr auch weiterhin zu erwarten haben. Durch die Agenda 2010 konnten sich Leiharbeit, Teilzeit- und Minijobs, Befristungen, Niedriglöhne und Niedrigrenten wie eine Seuche ausbreiten – ganz zu schweigen von HartzIV, das so viele aus der Arbeiterklasse in die Armut getrieben hat. Und all das bezeichnet Merkel als Erfolg! Ganz offen erklärt sie, dass die CDU diese Politik im Dienst der herrschenden Klasse weiterführen will.

Der SPD-Kandidat Martin Schulz versucht dagegen, als „Mann aus dem Volk“, als Kandidat der „Busfahrer, Krankenschwestern, Kellner und Polizisten“ aufzutreten. Er redet davon, die Agenda 2010 zu „korrigieren“. Korrigieren? Was soll man an diesem einzigen großen Angriff auf die Arbeiter korrigieren? Das Einzige, was man im Interesse der Arbeiter mit der Agenda 2010 machen kann, ist sie wieder abzuschaffen.

Davon spricht Martin Schulz natürlich nicht. Er sagt überhaupt wenig Konkretes. Doch zumindest hatte er anfangs versprochen, das Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose wieder zu verlängern.

Die Agenda 2010 hat den Bezug des Arbeitslosengeldes auf ein bis zwei Jahre verringert und damit viele in die Armut gestürzt. Man denke an all die Arbeiterinnen von Schlecker, die mit 50 Jahren entlassen wurden und ihr Dasein mit Minijobs und HartzIV fristen müssen. Oder die Arbeiter von Opel, Siemens oder Bayer, die „sozialverträglich“ entlassen wurden und die nichts mehr finden als ab und zu Leiharbeitsjobs. Die in HartzIV abgestürzt sind, ihr Haus verkaufen mussten und wissen, dass sie nun bis zum Lebensende in Armut leben – während die Aktionäre ihrer Konzerne die Milliarden gescheffelt haben.

Martin Schulz sagt selbstverständlich nie, dass man gegen die Entlassungen der Kapitalisten etwas unternehmen muss, wenn man die Arbeitslosigkeit ernsthaft bekämpfen will. Für ihn wie für alle Politiker des Bürgertums haben die Unternehmer das heilige Recht, jeden zu entlassen – egal ob sie ihn vorher jahrelang ausgebeutet und an ihm verdient haben.

Schulz hatte einzig versprochen, den Absturz älterer Arbeitsloser in HartzIV etwas abzumildern. Doch selbst dieses kleine Wahlversprechen hat er schon wieder zurückgenommen. Auf einmal heißt es, die Arbeitslosen würden nur deshalb keinen Job finden, weil sie nicht „qualifiziert“ genug wären. Daher sollen nur diejenigen länger Arbeitslosengeld bekommen, die eine Weiterqualifizierung machen. Für 6 Monate Weiterbildung soll man 6 Monate länger Arbeitslosengeld beziehen. Bislang sind es nur 3 Monate.

Kann man ältere Arbeitslose mehr verhöhnen als sie quasi zu zwingen, mit 55 Jahren eine Umschulung zu machen, um „bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben“? Als ob irgendwer sie einstellt, wenn sie mit 57 einen neuen Beruf gelernt haben!

Mit der Behauptung, mangelnde „Qualifikation“ wäre der Grund für die Arbeitslosigkeit, schieben sie uns – also den Opfern von Entlassungen und Arbeitslosigkeit – die Schuld dafür in die Schuhe! Weil sie von den wahren Verantwortlichen nicht reden wollen:
Von Konzernen wie VW, Metro oder E.ON, die tausende Arbeitsplätze abbauen und die übrigen Arbeiter noch mehr schuften lassen, um die Profite zu erhöhen. Von Bayer oder der Deutschen Bank, die dutzende Milliarden für den Aufkauf anderer Konzerne oder für Spekulationsgeschäfte aus dem Fenster werfen – und das Geld durch den Abbau tausender Arbeitsplätze von Chemiearbeitern oder Bankangestellten wieder reinholen wollen.

Die Arbeitslosigkeit ist keine Naturkatastrophe, die man über sich ergehen lassen muss. Sie ist ein Ausdruck des Krieges der Kapitalisten gegen uns Arbeiter. Und eine ihrer wichtigsten Waffen. Mit der Drohung, uns zu entlassen, erpressen sie von uns immer mehr Arbeit und schlechtere Bedingungen. Mit der Erpressung „Entweder den Vertrag oder gar keinen“ zwingen sie uns in Leiharbeit, Niedriglohn- und Teilzeitjobs. Und die Agenda 2010, die all das gesetzlich erlaubte und die Arbeitslosen mit der Keule von HartzIV zwingt, jeden Job anzunehmen, hilft ihnen enorm dabei.

Es gibt nur einen Weg: Wir Arbeiter müssen selber durchsetzen, dass Entlassungen und Stellenabbau verboten werden, angefangen bei allen Betrieben, die Profite machen oder gemacht haben.
Wir müssen die Unternehmer zwingen, einen Teil der von uns erarbeiteten Profite, die heute eine Handvoll Aktionäre bereichern, zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu verwenden. Statt die einen wie Zitronen auszupressen, während die anderen arbeitslos sind oder mit Minijobs herumkrebsen, muss die Arbeit unter allen aufgeteilt werden, sodass jeder einen Job und einen Lohn hat, von dem man vernünftig leben kann.

Und wir werden feststellen, dass dafür genug Geld da ist: Wenn wir Arbeiter uns das Recht nehmen, die Geschäftsbücher und Konten der Firmen, Aktionäre, ihrer Geschäftspartner und Familienangehörigen zu kontrollieren, um zu überprüfen, wo das Geld wirklich hinfließt – Schlecker lässt grüßen!

Diese Maßnahmen sind Notwehr: Sie sind der einzige Weg, um unsere Abwärtsspirale aufzuhalten.

Wahlkampf-Auftritte türkischer Minister:

Eine Eskalation auf dem Rücken der türkischen Migranten

Seit europäische Regierungen fast alle Wahlkampfveranstaltungen der türkischen Regierung abgesagt haben, haut Erdogan mit Provokationen um sich, spricht von „Nazi-Methoden". Gleichzeitig hat der holländische Regierungschef Rutte türkische Minister aus dem Land gewiesen und Polizeihunde auf Unterstützer Erdogans gehetzt, um damit die Stimmen der Rechtsextremen zu gewinnen – was ihm gelungen ist. Und diese Eskalation ist noch nicht zu Ende.

Erdogan braucht sie für sein Referendum am 16. April. Denn alle Umfragen kommen zu dem Ergebnis, dass die Mehrheit bislang gegen die Einführung seines „Präsidialsystems" ist. Selbst unter den Wählern von Erdogans Partei AKP scheinen nicht wenige zu zögern, für ein System zu stimmen, das dem Präsidenten (Erdogan) enorme Macht verleiht: Er könnte dann ganz alleine mit Hilfe von Dekreten regieren, alleine über den Haushalt entscheiden, alleine die Minister, hohen Staatsbeamten und die Hälfte des Verfassungsgerichts ernennen sowie den Notstand ausrufen. Er wäre außerdem oberster Befehlshaber der Armee und der Geheimdienste.

Schon heute nutzt Erdogan den Ausnahmezustand, der nach dem Militärputsch verhängt wurde, um politische Gegner mundtot zu machen. Menschen werden einfach zu „Terroristen" erklärt und im Namen des Kampfes gegen den Terror verfolgt. In 8 Monaten wurden mehr als 120.000 Beamte entlassen und 71.000 verhaftet. Tausende sind noch immer im Gefängnis, darunter einfache Lehrer und städtische Beamte; ebenso 151 Journalisten. Das neue Präsidialsystem soll Erdogan dabei helfen, seine Quasi-Diktatur weiter zu verstärken.

Mangels inhaltlicher Argumente für sein Präsidialsystem schürt er jeden Tag Angst: Wer gegen das Präsidialsystem stimme, würde die „Terroristen" (für ihn die kurdische PKK und die Gülen-Bewegung) unterstützen. Wenn Erdogan verliere, käme es zum Bürgerkrieg.

Nur ist sich Erdogan nicht mehr sicher, dass er das Referendum gewinnt. Er hat zwar weiterhin viel Unterstützung. Viele verbinden ihn noch immer mit den 10 Jahren Wirtschaftsaufschwung, die die Türkei in seiner Amtszeit erlebte und die eine gewisse Stabilität und einige soziale Reformen brachten. Doch die wirtschaftliche Krise verschärft sich. Vor allem der Absturz der türkischen Lira führt dazu, dass die Kaufkraft einbricht, Arbeiterfamilien in Armut fallen und massenhaft kleine Ladenbesitzer und Händler Bankrott gehen, darunter viele, die gestern noch hundertprozentige Anhänger von Erdogan waren.
Umso wichtiger sind für Erdogan die türkischen Wähler in Europa geworden, deren Stimmen das Zünglein an der Waage werden könnten. Auch daher sein aggressiver Wahlkampf hier.

In Deutschland leben 1,4 Millionen Menschen, die bei der Wahl in der Türkei abstimmen können. Viele von ihnen dürfen im September nicht bei der Bundestagswahl abstimmen, dafür aber jetzt in der Türkei. Es ist nicht nur normal, sondern richtig, dass sie sich Gedanken machen und offen diskutieren, was sie wählen sollen und welche Auswirkungen die Wahl für ihre Familienangehörigen und überhaupt für alle Menschen in der Türkei hat. Der Wahlkampf gehört damit auch hierher.

Mit dem Verbot der Wahlkampfauftritte hingegen haben die deutschen Politiker nur Erdogan genutzt. Die abgesagten Auftritte haben wesentlich mehr Aufmerksamkeit erregt, als wenn sie stattgefunden hätten, mit ihren je 300 bis 600 Teilnehmern. Erdogan kann sich jetzt als Opfer darstellen, den die mächtigen Staaten am Reden zu hindern versuchen.
Auch die verächtliche Art und Weise, wie die türkischen Minister jedes Mal in letzter Sekunde ausgeladen wurden – unter so offensichtlich verlogenen Vorwänden wie „zu wenig Parkplätzen am Versammlungsort" – hat verständlicherweise viele empört Ebenso, dass die deutschen Politiker dabei so tun, als gelte ihre ganze Sorge der Verteidigung der Demokratie.

Doch um Demokratie geht es der deutschen Regierung und der EU bei ihrem ganzen Handeln nicht. Ihr Problem ist ein ganz anderes. Einerseits möchten sie Erdogan weiterhin als Wachhund benutzen, der mit Gewalt die Flüchtlinge an der Überfahrt nach Europa hindert. Mehr noch brauchen sie die türkische Regierung als stabilen Verbündeten und Stützpunkt an der Grenze zu Syrien und dem Irak, die im Chaos von Krieg und Terror versinken. Sie wollen daher ein möglichst gutes Verhältnis zu Erdogan behalten – egal, wie diktatorisch er über seine Bevölkerung regiert.

Andererseits stört sie, dass Erdogan um seine Bedeutung weiß und sich entsprechend provokative Äußerungen oder auch die Festnahme des deutsch-türkischen Journalisten Yücel erlaubt. Und dafür wollen sie ihn zurechtweisen.

Hinzu kommt, dass Wahlkampf ist und vor allem die CDU mit der AfD konkurrieren muss. Und die fordert eine harte Haltung gegenüber der Türkei. Nicht, weil Erdogans Diktatur sie stören würde, sondern weil sie die Gelegenheit nutzt, um Stimmung für ihre migrantenfeindliche Politik zu machen, indem sie ein Verbot aller Wahlkampfveranstaltungen fordert – mit der Begründung, dass die Anliegen türkischer Migranten, die seit Jahrzehnten hier malochen und Steuern zahlen, „nicht zu Deutschland gehören" würden. Daher auch die lautstarke Ankündigung der CDU-Ministerpräsidentin im Saarland (wo in einer Woche Landtagswahlen stattfinden), sie wolle türkische Wahlkampfveranstaltungen verbieten... obwohl gar keine Auftritte im Saarland geplant waren.

Das alles ist der Grund für den Eiertanz der Bundesregierung: Der Grund, warum sie einerseits offiziell die Wahlkampfveranstaltungen bislang nicht verbietet, die Städte sie aber dann doch unter irgendeinem „unpolitischen" Vorwand wie „Brandschutz" untersagen.

Diese Haltung der deutschen Regierung, und mehr noch die provokante Haltung der niederländischen Regierung haben es Erdogan zynischerweise ermöglicht, sich als Verteidiger der Demokratie und Redefreiheit sowie der Rechte und Würde türkischer Politiker hinzustellen. Und im schlimmsten Fall hilft ihm diese Eskalation sogar, sein Referendum doch noch zu gewinnen.
In Deutschland droht sie vor allem, Abneigung und Misstrauen zwischen den Arbeitern verschiedener Herkunft zu schüren. Das dürfen wir nicht zulassen!

Rainer Wendt: Bezahlt für das Verbreiten rechter Ideen

Nach dem Fall Rainer Wendt ist mittlerweile klar: Nicht nur in NRW, sondern in zahlreichen Bundesländern bekommen Polizisten der „Deutschen Polizeigewerkschaft" – der mit Abstand rechtesten der drei Polizeigewerkschaften – ihr Gehalt weiter, auch wenn sie hauptamtlich für die Gewerkschaft arbeiten.

CDU wie SPD begründen es damit, dass diese kleine Gewerkschaft kein Geld habe, um wie die anderen Gewerkschaften ihre Hauptamtlichen selber zu bezahlen, und man die „Vielfalt" unter den Gewerkschaften fördern wolle.

Interessant: Dieselben Parteien sind sonst immer die ersten, die gegen kleinere Gewerkschaften wettern. Nachdem eine von ihnen, die GDL, ihre Forderungen mit etwas konsequenteren Streiks durchzusetzen versuchte, haben sie sogar extra ein Gesetz geschaffen, dass den kleinen Gewerkschaften quasi jede Einflussmöglichkeit und vor allem das Recht zu streiken nimmt. Doch offensichtlich haben sie mit kleineren Gewerkschaften weniger Probleme, wenn diese sich wie die „Deutsche Polizeigewerkschaft" damit beschäftigen, unter den Polizisten mit CSU-nahen Positionen zu Flüchtlingen, Innerer Sicherheit oder Gewalt gegen Demonstranten zu werben.

Rainer Wendt, der Vorsitzende der „Deutschen Polizeigewerkschaft" ist jedoch ein ganz besonderer Fall. Nicht nur, weil er wochenlang dreist gelogen und bestritten hat, dass er seit 10 Jahren sein Polizistengehalt erhält, ohne zu arbeiten.
Und außerdem verschwiegen hat, dass er obendrein noch (nicht gemeldete) „Nebeneinkünfte" im Wert von 80.000 Euro jährlich durch Aufsichtsratsposten bei der Axa-Versicherung und anderen Konzernen einstreicht.

Nein, das Gesicht von Wendt ist vor allem deshalb fast Jedem bekannt, weil er seit Beginn der Flüchtlingskrise quasi jede Talk-Show mitgenommen hat. Er hat keine Gelegenheit ausgelassen, sich als aufrechter, einfacher Polizist und Sprachrohr des „ehrlichen Mannes" zu geben. Er hat wiederholt erklärt, dass Bürger wie er vom Staat keine Unterstützung erhielten, während Ausländer und Flüchtlinge angeblich kriminell wären, den Staat abzocken und von diesem noch verhätschelt würden.

Die ganze Affäre hat daher auch etwas Gutes: Nämlich dass dieser angebliche „Saubermann", der mit Freude und Arroganz gegen die Ärmsten und Schwächsten hetzt, jetzt erst mal seine Klappe halten muss.

Ohne Arbeiter fliegt man nicht

Von Montag bis Mittwochmorgen haben an den Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld die Arbeiter des Bodenpersonals gestreikt. Für den Moment ist der Streik ausgesetzt, doch sie fordern weiter 1 Euro mehr pro Stunde und damit rund 10% mehr Lohn.



Die meisten von ihnen verdienen nur zwischen 10 und 11 Euro die Stunde, und viele bekommen obendrein nur Teilzeitverträge. Nicht wenige müssen daher am Monatsende noch mit HartzIV aufstocken – und dass, nachdem sie bei strömendem Regen Flugzeuge betankt, bei 40 Grad und mehr im Laderaum Gepäck geladen oder zig Passagiere eingecheckt haben. Das alles unter ständigem Stress, Sicherheitsrisiken und immer unmöglicheren Arbeitszeiten.

Die Konzernchefs haben über ihre Verluste gejammert und darüber, wie viele „wichtige" Berliner Politiker und Geschäftsleute wegen des Streiks nicht haben fliegen können. Ja, diese Leute mögen es gar nicht, daran erinnert zu werden, dass die Arbeitenden alles in dieser Gesellschaft am Laufen halten, und wie sehr sie daher auf die Arbeiter angewiesen sind. Und schon das war für die Streikenden eine Genugtuung.

Ostafrika: Profite für die Konzerne, Hunger für die Bevölkerung

20 Millionen Menschen in Ostafrika droht eine Hungersnot, vor allem in Somalia, im Jemen, in Kenia, Äthiopien, dem Südsudan. Allein 1,4 Millionen Kinder sind akut davon bedroht, zu verhungern oder zu verdursten.
Seit drei Jahren herrscht in Ostafrika eine Dürreperiode. Doch dass die Dürre zu einer solch katastrophalen Hungersnot führt, liegt nicht am Klima. Es liegt daran, dass der Imperialismus seit Jahren diese Länder ausblutet. Ein Großteil der Felder ist in den Händen großer Konzerne, die dort Kaffee, Baumwolle oder Vieh für den Export produzieren lassen, während den einfachen Bauern keine Möglichkeit bleibt, etwas für eigene Ernährung anzubauen. In den letzten zehn Jahren wurden außerdem viele gerodete Waldflächen sowie massenhaft Felder der Einheimischen an westliche Spekulanten verkauft, die dort Pflanzen für Biodiesel anbauen lassen. Biodiesel ist also wichtiger als die Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung! Und zu allem Überfluss stehlen sie dafür auch noch das knappe Wasser der Einheimischen.

Hinzu kommt, dass mehrere der betroffenen Länder von Kriegen zerrüttet wurden oder werden – Kriege, die die Waffenproduzenten in den reichen Ländern glücklich machen und die direkt oder indirekt von den westlichen imperialistischen Mächten hervorgebracht wurden. Man denke nur an den Jemen, wo Saudi-Arabien, in einer Koalition mit den USA und anderen Staaten seit 2015 Krieg führt: Allein die USA geben Unsummen für Kampfflugzeuge und Waffen aus, die Bomben im Jemen abwerfen, das Land und die Trinkwasserversorgung zerstören. Kriegsschiffe blockieren obendrein den Import von Lebensmitteln. Mit dem Ergebnis, dass Millionen Menschen im Jemen heute zu verhungern oder zu verdursten drohen!

Nein, die mörderische Hungers- und Trinkwassernot, die Ostafrika bedroht, ist keine Naturkatastrophe. Sie ist die Folge der imperialistischen Herrschaft, der katastrophalen Funktionsweise des Kapitalismus. Zur Rettung der Menschheit muss diesem System ein Ende gesetzt werden!

Wie viele Millionen muss man haben, um pleite zu sein?

Fünf Jahre nach der Pleite von Schlecker wird bekannt, was damals alle schon vermutet haben: Kurz bevor er 25.000 Arbeiterinnen entlassen hat, hat Anton Schlecker die Wohnung seines Sohnes für 1 Million Euro renovieren lassen, hat seiner Enkelin 800.000 Euro geschenkt und Reisen für 60.000 Euro unternommen. Er hat systematisch Geld aus der Firma verschwinden lassen, indem er der Logistikfirma, die zufällig seinen Kindern gehört, immer viel zu viel bezahlt hat. Und als kein Geld mehr da war, hat er Insolvenz angemeldet.

Ja, die Schlecker-Bosse haben gelogen und betrogen, haben das Geflecht aus Tochterfirmen und Geschäftsbeziehungen genutzt, um Gelder verschwinden zu lassen, wie es ihnen beliebt. Und erzählen den Arbeiterinnen anschließend, sie hätten keine Wahl, als sie in die Arbeitslosigkeit und HartzIV zu schicken.

Deshalb müssen die Arbeiter das Recht haben, alle Bücher, Geldflüsse und Konten der Firmen, ihrer Besitzer, Familien und Geschäftspartner zu kontrollieren. Und zwar nicht erst dann, wenn sie offiziell pleite sind – sondern von Anfang an.

„Arbeiten ja, Steuern zahlen ja, Wählen nein“?

CDU und FDP haben im Landtag von NRW verhindert, dass Nicht-EU-Bürger zumindest bei den Kommunalwahlen mitwählen dürfen. Menschen, vor allem mit türkischem Pass, können also auch weiter 30 Jahre hier leben, im Stahlwerk arbeiten oder in den Betrieben putzen, mit ihren Kollegen zusammen für höhere Löhne streiken, Steuern zahlen – doch wählen dürfen sie nicht!



Proteste für das Wahlrecht in den 80er Jahren

Seit bald 40 Jahren warten sie auf dieses Recht. In über der Hälfte der 28 EU-Staaten dürfen mittlerweile auch Nicht-EU-Bürger bei den Kommunalwahlen wählen – in Deutschland aber bis heute nicht.

Ein Gesetzentwurf von SPD, Grünen, Linke und Piraten sollte dies in NRW nun ändern. Doch CDU und FDP haben ihn verhindert: Unter dem heuchlerischen Vorwand, sie hätten Angst um die Demokratie (bei den Kommunalwahlen!)... weil ein Teil der Wähler mit türkischem Pass Erdogan mögen würde. Es ist wohl in Wahrheit eher so, dass FDP und CDU mit dieser Haltung ein paar Stimmen von AfD-Wählern ergattern wollten.

Wenn die CDU sich außerdem seit Jahrzehnten bemüht, Ausländer vom demokratischen Wahlrecht auszuschließen, dann nicht zuletzt, weil sie Angst hat, sonst Prozente bei den Wahlen zu verlieren. Denn die meisten Ausländer sind Arbeiter, und die wählen erfahrungsgemäß seltener die CDU.

Ja, die meisten Ausländer hier sind Arbeiter. Sie vom Stimmrecht auszuschließen, ist ein bewusstes Mittel, die Stimmen der Arbeiter bei den Wahlen zu verringern. Und auch deshalb ist es im Interesse aller Arbeiter, dass alle, die hier leben und arbeiten, das Recht haben zu wählen – nicht nur bei den Kommunalwahlen.

Arbeitsplätze statt Dividenden!

1.300 Arbeitende sollen bei E.ON entlassen werden. Diese erneuten Entlassungen wären angeblich „unverzichtbar“, weil E.ON katastrophale 16 Milliarden Euro Verlust gemacht habe.

In Wahrheit gibt es den größten Teil dieses Verlusts nur auf dem Papier. E.ON hat den Wert seiner Kraftwerke nach unten korrigiert. Dadurch hat der Konzern auf dem Papier Vermögen verloren, aber im realen Geschäft hat er nicht einen Cent weniger als vorher. Dann gibt es noch die Milliarden, die er für den Atomausstieg bezahlen muss. Das sind reale Verluste, doch sie sind eine einmalige Ausgabe.

E.ON gibt offen zu, dass ihr Geschäft ansonsten sehr gut läuft. Deshalb erhalten Aktionäre trotz der Verluste auch Dividenden im Wert von 410 Millionen Euro. 410 Millionen, das ist sieben Mal so viel, wie man für den Erhalt aller 1.300 Arbeitsplätze bräuchte!

Einen Arbeitsplatz und Lohn zu haben, ist für einen Arbeiter lebenswichtig – die Dividende für die Aktionäre nicht. Also: Arbeitsplätze statt Dividenden!

Gemeinsam sind wir stärker

Der Konzern Peugeot-Citroen (PSA) kauft Opel. Derselbe PSA-Konzern hat noch vor drei Jahren in Frankreich ein Autowerk geschlossen, seitdem 17.000 Arbeitsplätze vernichtet und die Löhne eingefroren, weil es ihm angeblich so schlecht ging, und hatte seitdem angeblich nie Geld für Einstellungen oder Lohnerhöhungen. Doch plötzlich hat er mal eben über 2 Milliarden Euro übrig, um Opel aufzukaufen!

Und der PSA-Chef hat auch bereits durchblicken lassen, was die Aktionäre nach dem Kauf erwarten: Ob in Deutschland, Frankreich, Großbritannien oder den anderen Standorten von Opel und PSA, überall sollen die Arbeiter noch mehr arbeiten als bisher. Sie sollen in Zukunft 900.000 Autos mehr produzieren. Gleichzeitig will der PSA-Chef 1,7 Milliarden Euro jährlich einsparen. Und es ist klar, dass er dabei als erstes an die Arbeiter und Arbeitsplätze denkt.

Die Arbeiter müssen sich also darauf vorbereiten, sich über die Grenzen hinweg zu verteidigen. Und die Fusion kann dabei auch ein Vorteil werden: Vorher waren die Arbeiter von Opel 38.000. Mit den Kollegen von PSA sind sie nun 86.000 Arbeiter in Europa, die den Aktionären gegenüberstehen.



DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org
Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!